

BLIKKWINKEL

Der gesundheitspolitische Check-Up des IKK e.V.

26. Oktober 2021
3/2021



Editorial

Von Hans Peter Wollseifer, Vorstandsvorsitzender IKK e.V.
und Hans-Jürgen Müller, Vorstandsvorsitzender IKK e.V.

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir stehen am Anfang. Während in diesen Tagen vor allem Wörter auf Papier festgehalten werden, warten wir bereits darauf, dass den Worten Taten folgen. Wir brauchen eine Strukturreform. Eine Reform, die „gute und verlässliche Versorgung“ tatsächlich überall in Deutschland möglich macht, die Sektoren optimal miteinander verbindet und vernetzt. Dass sich die Koalitionäre auf diesen Punkt verständigt haben, ist gut.

Nur ein Umbau der Versorgungsstruktur vom ambulanten Bereich her gedacht, wird uns diesem Ziel näher bringen. Die Pandemie hat gezeigt, dass das ambulante System aus Haus- und Fachärzt:innen in Deutschland entscheidend dazu beigetragen hat, dass sich keine Schlangen vor den Kliniken gebildet haben und diese nicht zu „Infektionshotspots“ wurden. Diese gegliederte Versorgung gilt es zu stärken. Das bedeutet aber auch, Anstrengungen darin zu investieren, dass die ambulante Versorgung im ländlichen Raum gewährleistet ist, etwa über attraktive Anreize zur Niederlassung oder den Ausbau von regionalen Gesundheitszentren.

In Versorgungsnetzen, d. h. auch in enger Kooperation mit den Krankenhäusern, sollte Versorgung künftig überregional gedacht und sektorenübergreifend geplant werden. Dies hätte den Vorteil, dass das bisher ungenutzte Ambulantisierungspotenzial gehoben werden kann. Damit würden unnötige Krankenhausaufenthalte vermieden und Überversorgung abgebaut werden. Zugleich könnten zur Schließung ambulanter Versorgungslücken die Kapazitäten des stationären Versorgungsbereichs für die ambulante Grundversorgung intensiver genutzt werden.

In Gesundheitszentren integrierte oder in ambulante Einrichtungen umgewandelte Krankenhäuser sollten zukünftig eine (stationäre) Basisversorgung übernehmen, während medizinisch anspruchsvollere Fälle durch Maximalversorger bzw. Universitätsklinik in Schwerpunktstandorten behandelt werden. Eine solche Arbeitsteilung hat sich schon während der Corona-Pandemie erfolgreich bewährt.

Schlussbemerkung: Eine in dieser Form angelegte Strukturreform könnte ein Gewinn für alle sein, denn die Ambulantisierung fördert eine an den Patient:innen orientierte Versorgung, einen effizienteren Ressourceneinsatz und könnte damit auch ein aussichtsreiches Mittel gegen den Fachkräftemangel sein. Allerdings braucht es für das Unternehmen „Strukturreform“ Mut und einen langen Atem. Beides wünschen wir den Verhandlern. Zugleich bauen wir auf die Einsicht aller Beteiligten und auch deren Bereitschaft, über die eigenen Grenzen hinweg zu denken. Es muss sich etwas ändern damit das Gesundheitssystem leitungsfähig und finanzierbar bleibt.

Herzlichst

Inhalt:

Versorgungsstruktur | GKV-Finzen | Schwerpunkt: Gesundheitspolitische Erwartungen der Innungskrankenkassen an die 20. Legislaturperiode | 24. Plattform Gesundheit | Gesundheit trifft Zirkus 2021 | Was wir sagen | Impressum

Meine Sicht

Jürgen Hohnl
Geschäftsführer IKK e.V.

herzlich Willkommen zum heutigen offiziellen Auftakt der 20. Legislaturperiode.

Die Koalitionäre haben sich viel vorgenommen. Wie der viel gepriesene „neue Aufbruch“ für Deutschland gelingen kann, wird aber auch davon abhängen, wie sich die gemeinsamen Projekte finanzieren lassen. Dies gilt insbesondere auch für das Gesundheitssystem. Noch keine zwei Wochen ist es her, dass der Schätzerkreis für das kommende Jahr eine zusätzliche Lücke von

sieben Milliarden Euro prognostiziert hat. Damit fließen in Summe erstmals 28,5 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt an die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV), um das Ziel zu erreichen, den durchschnittlichen Zusatzbeitrag in 2022 auf 1,3 Prozent zu stabilisieren und damit die von der Regierung ausgesprochene Sozialgarantie einzuhalten.

In der vergangenen Woche hat das Bundesgesundheitsministerium nun eine entsprechende Rechtsverordnung auf den Weg gebracht. Damit endet aus GKV-Sicht die 19. Legislaturperiode. Die alte Regierung hat ihre Zusage eingehalten, auch wenn sich die Kassen eine frühzeitigere Entscheidung gewünscht hätten. Jetzt ist

es an dem neu gewählten Bundestag, die Verordnung zu beschließen. Wie es mit der GKV-Finanzierung in den kommenden Jahren weitergeht, darüber schweigen sich die Koalitionäre bisher aus. Wir appellieren daher an die Verhandelnden, die finanzielle Zukunft der GKV nicht auf später zu vertagen. Der Bundeszuschuss ist kein dauerhaftes Allheilmittel! Nur durch die Umsetzung der dringend benötigten Strukturformen, können Versicherte und Arbeitgeber vor steigender finanzieller Belastung geschützt und Einschnitte in den Leistungskatalog der GKV vermieden werden.

Gesundheitspolitische Erwartungen der Innungskrankenkassen an die 20. Legislaturperiode

Die Verwaltungsratsvorsitzenden unserer sechs Innungskrankenkassen kommen zu Wort. Sie wagen einen Ausblick: Was sind die gesundheitspolitischen Knackpunkte der 20. Legislaturperiode? Welche Wünsche oder Forderungen haben sie an die neue Koalition? Was erhoffen sie sich darüber hinaus von der Ampel? Hier finden Sie die Antworten zu den Schwerpunkten Digitalisierung, Strukturreform, Finanzierung, Selbstverwaltung, Prävention und Patientensicherheit unseres Positionspapiers zur Bundestagswahl 2021.



Robert Leitzl (li.), Helmut Krause
Verwaltungsratsvorsitzende BIG direkt gesund

Um unseren Kunden die Vorteile der digitalen Telematik-Dienste und allen voran die der ePA und des eRezepts erlebbar zu machen, muss der Gesetzgeber einen verlässlichen Rahmen schaffen. Denn die Art und Weise der Nutzung von Gesundheitsdaten wird über den Nutzen der ganzen TI-Infrastruktur entscheiden. Ziel muss sein, die Telematik-Infrastruktur in den Dienst der Patienten zu stellen. Hierfür muss die Hoheit des Patienten über seine Daten praktikabel und justiziabel ausgestaltet sein. Der Gesetzgeber sollte hier aber nicht übertrieben bevormundend vorgehen, sondern individuelle Datenverantwortung durch geeignete Information und Rahmensetzung unterstützen. Außerdem müssen die Rollen, Rechte und Pflichten der Akteure im Gesundheitswesen definiert werden. Die Nutzung der Gesundheitsdaten muss geregelt werden.

Der Gesetzgeber sollte im Rahmen eines auch vom Sachverständigenrat angeregten Gesundheitsdatennutzungsgesetzes den Anwendungsrahmen festlegen. Richtungweisend ist der Patientennutzen: Einführung des Opt-out als Leitprinzip und klare Definition der Eigentums- und Verfügungsrechte. Die Auswertung von versichertenbezogenen Routinedaten sollte Kassen auch mit Dritten gestattet werden, denn oftmals lassen sich für Big Data-Anwendungen ausreichende Datenmengen nur über „gemeinsame Datentöpfe“ realisieren. Zudem sollten die Daten des TI-Fachdienstes KIM für das Versorgungsmanagement der Kassen und individuelle Versorgungsangebote verwendet werden dürfen.

Die „agile“ Gesetzgebung der letzten Legislatur stellte uns teilweise vor große Herausforderungen. Gesetze sollten konsistent und widerspruchsfrei sein und einer klaren Agenda folgen.

Wir haben mit den Digitalisierungsgesetzen der letzten Legislatur auch international viel Aufsehen erregt. Dieses Momentum gilt es beizubehalten und im Sinne unserer Kunden und Patienten weiterzuentwickeln. Diese Legislatur wird zum Praxistest von Digital Health. Danach wird Digital Health integraler Teil der Versorgungspraxis sein.



Uwe Ledwig (li.), Anselm Lotz
Verwaltungsratsvorsitzende IKK Brandenburg und Berlin

Eine bedarfsgerechte, flächendeckende und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung aller unserer Versicherten ist unser unbedingter Anspruch. Wir fordern deshalb von der Bundesregierung eine Strukturreform, die eine zukunftsfeste sektorenübergreifende Versorgung ermöglicht.

Um den Herausforderungen der medizinischen Versorgung gewappnet zu sein, ist die rechtliche Implementierung sektorübergreifender Instrumente in die Regelversorgung unabdingbar und muss schnellstmöglich umgesetzt werden. Die Patientenversorgung muss verbessert und ambulante Versorgungslücken geschlossen werden. Dazu bedarf es weiterer Anreize für junge Haus- und Fachärzte, sich in ländlichen Regionen niederzulassen. Da wo dennoch Lücken in der ambulanten Versorgung existieren, müssen Krankenhäuser den fachärztlichen Bedarf im ambulanten Bereich abdecken.

„Gesundheitszentren im ländlichen Raum“ kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Diese sollte für die Versicherten die erste Anlaufstelle für die Versorgung mit ambulanten als auch stationären Basis- und Notfallleistungen sein. Diese Gesundheitszentren sichern so die medizinische Versorgung in dünnbesiedelten Gebieten.

Wir fordern von der Bundesregierung ein „Kleines-Krankenhaus“-Gesetz. Mit ihm soll die medizinische Versorgung in strukturschwachen als auch ländlichen Gebieten abgesichert werden.

Die Koalition muss alles daran setzen, um die strukturellen Schwächen der gesundheitlichen Versorgung zu beheben und ein zukunftsorientiertes Versorgungskonzept Realität werden zu lassen. Ziel bleibt eine exzellente medizinische Versorgung aller Versicherten auch fern ab von Ballungszentren.



Stefan Füll
Verwaltungsratsvorsitzender
IKK classic



Bert Römer
Verwaltungsratsvorsitzender
IKK classic

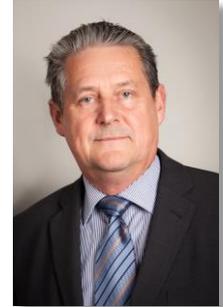
Wie wichtig eine vorausschauende Finanzplanung für die GKV ist, erleben wir in diesen Wochen. Trotz anderslautender Versprechen seitens der Politik warten die Krankenkassen Mitte Oktober noch immer auf die finale Entscheidung über einen zusätzlichen Steuerzuschuss für das kommende Jahr 2022. Diese Situation der Ungewissheit darf sich in Zukunft nicht mehr wiederholen. Deshalb erwarten wir von der neuen Bundesregierung ein solides Konzept zur Finanzierung und Beitragssatzstabilität in der gesetzlichen Krankenversicherung. Um dies auf Dauer zu gewährleisten, müssen das alleinige Lohnkostenmodell weiterentwickelt und dauerhaft neue Finanzierungsquellen erschlossen werden. Sinnvoll wäre es, die versicherungsfremden Leistungen und gesamtgesellschaftlichen Aufgaben klar zu benennen und die dafür notwendigen Ausgaben konkret zu beziffern: Infrastruktur, Investitionskosten und auch die Beiträge für ALG II-Empfänger müssen kostendeckend und dauerhaft aus Steuermitteln finanziert werden.

Hier bedarf es auch struktureller Reformen, wie der Einrichtung eines unabhängigen Gremiums, das die Höhe der notwendigen Aufwendungen festlegt, so dass auch der Bundeszuschuss jedes Jahr dynamisch an die realen Verhältnisse angepasst werden kann. Eines muss aber auch klar sein: Auch wenn die Kosten in Zukunft fair verteilt werden müssen und die öffentliche Hand stärker in die Verantwortung genommen werden muss, darf die Finanzhoheit der sozialen Selbstverwaltung nicht angetastet werden.

Die Innovationskasse



Jens Karp
Verwaltungsratsvorsitzender
IKK – Die Innovationskasse



Helmut Kastner
Verwaltungsratsvorsitzender
IKK – Die Innovationskasse

Alle Politikbereiche müssen ihren Beitrag zur Einhaltung bzw. Beachtung von Gesundheitszielen leisten. Diese Verpflichtung könnte in einem umfassenden Gesundheitsschutzgesetz festgeschrieben werden, um die Verankerung von Prävention in allen Lebensbereichen („Health in all Policies“) voranzubringen. Wir fordern zudem eine Klärung von Zuständigkeitsbereichen und Finanzierungsverantwortung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe. Dabei brauchen wir unbürokratische Lösungen sowie die Abkehr von pauschalierten Abführungen.

Individuelle und digitale Gesundheitskompetenz gilt es voranzubringen – genauso wie die Förderung verhaltenspräventiver Maßnahmen wie die der Betrieblichen Gesundheitsförderung (BGF).

Die BGF muss in den Unternehmen interessanter werden und mehr Gewicht bekommen. Aus unserer Sicht sind Standardangebote der Krankenkassen nicht mehr das Zugpferd – vielmehr stehen bedarfsorientierte, individuelle Angebote im Vordergrund. Und hier haben wir als IKK – Die Innovationskasse einen großen praktischen Erfahrungsschatz aufgebaut, den wir um digitale Angebote erweitert haben. Diese sind für alle Unternehmensgrößen, Alters- und Berufsgruppen individuell skalierbar. Die Akzeptanz unserer Betriebe, die mitmachen, ist groß. Mitgedacht werden sollte auch der Bereich Pflege, hier können durch eine bessere Versorgung Synergien erzielt werden. Dabei geht es uns darum, nicht nur die Pflegenden gut zu versorgen, sondern auch das Pflegepersonal zu stärken. Auch hier sind wir mit einigen innovativen Projekten unterwegs.

Die IKK unterstützen darüber hinaus die Arbeit der EU im Bereich der Prävention, beispielsweise die Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen. Die Weiterentwicklung der Präventionsarbeit steht im Fokus unserer Arbeit.



Hans-Jürgen Müller (li.), Uwe Runge
Verwaltungsratsvorsitzende IKK gesund plus

Um unserem Gesundheitssystem weiterhin Stabilität und notwendige Handlungsfreiräume bieten zu können, fordern wir eine Stärkung der Selbstverwaltung. In der Krisenzeit haben wir als Verwaltungsrat einmal mehr unsere Kompetenz unter Beweis stellen können – das schafft Vertrauen. Durch schnelles Handeln standen wir den Menschen in Notsituationen stets helfend zur Seite. Es muss allerdings darauf geachtet werden, dass gesamtgesellschaftliche Aufgaben – insbesondere nach der Corona-Pandemie – nicht durch die gesetzliche Krankenversicherung finanziert werden. Daher ist eine staatliche Bevormundung unserer Meinung nach wieder zurückzuführen und die Rolle der Aufsichten dauerhaft auf die Rechtsaufsicht zu begrenzen. Zusätzlich ist die Parität der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretung einer der Grundsätze des Systems und würde unter politischem Einfluss enorm an Fachbezug und Gleichgewicht verlieren. Von einer Zentralisierung der Entscheidungsmächte ist daher strengstens abzuraten. Nicht ohne Grund besteht unsere Selbstverwaltung aus den von Beitragszahlern gewählten Vertretern, welche durch Erfahrungswerte in lebensnahen Entscheidungssituationen die Stimmen der Wähler widerspiegeln. Eine leistungsstarke und entscheidungskräftige Selbstverwaltung der Krankenkassen muss für die kommende Legislaturperiode ein Interessenfeld für die Politik bilden. Tendenzen in Richtung Staatsmedizin und Einheitsversicherung sind zu unterbinden. Nur so kann ein stabiles und fachorientiertes Gesundheitssystem garantiert und eine qualitätsorientierte Versorgung der Versicherten langfristig gesichert werden.



Rainer Lunk
Verwaltungsratsvorsitzender
IKK Südwest



Ralf Reinstädler
Verwaltungsratsvorsitzender
IKK Südwest

Mit dem Patientenrechtegesetz wurde ein wichtiger Meilenstein für eine selbstbestimmte Rolle des Patienten gelegt. Doch es bleibt weiterhin viel zu tun! Patienten müssen in der Lage sein, die ihre Gesundheit betreffenden Entscheidungen zu verstehen und zu bewerten. Dafür benötigen sie eine gesundheitliche Kompetenz (sog. Health Literacy) und Vergleichsmöglichkeiten sowie verbindliche Regelungen und Ansprechpartner, die sie vor sogenannten unerwünschten Ereignissen und damit vor Schaden schützen.

Qualität in der Versorgung zu gewährleisten und gleichzeitig Transparenz für Versicherte im Sinne der Patientensicherheit zu generieren, wird auch in der nächsten Legislaturperiode eine entscheidende Aufgabe der Akteure des Gesundheitswesens sein.

Die Stärkung der Gesundheitskompetenz zur Gewährleistung von mehr Patientensicherheit muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe sektorenübergreifend verankert werden. Mit dem Netzwerk Patientensicherheit für das Saarland hat die IKK Südwest ein in dieser Form bisher einzigartiges Bündnis initiiert. 17 Verbände und Organisationen des Gesundheitswesens setzen sich gemeinsam dafür ein, stationäre und ambulante Versorgung noch sicherer zu machen sowie Patienten stärker vor vermeidbaren Problematiken im Behandlungsprozess zu bewahren. Dieses Bündnis ist ein wegweisendes Projekt, um den Patienten privilegiert in den Fokus zu rücken. Wir sehen auch mehr denn je, dass es im komplexer werdenden Gesundheitssystem der Etablierung eines klugen Lotsensystems bedarf, um jedem Patienten die für ihn am besten geeignete Behandlung zugänglich zu machen und um nicht zuletzt selbstbestimmte, mündige Entscheidungen treffen zu können.

Veranstungshinweis

24. Plattform Gesundheit des IKK e.V.



Das Thema der 24. Plattform Gesundheit des IKK e.V. am 10. November ist „Zukunft der GKV-Finanzen: Zwischen Sozialgarantie und Leistungsversprechen“. Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) steht vor großen finanziellen Herausforderungen. Während die Leistungsausgaben jährlich neue Rekordwerte erreichen, kommen die Einnahmen kaum noch hinterher. Das Ergebnis sind finanzielle Defizite, die sich in den letzten Jahren stetig vergrößert haben. Allein für das kommende Jahr sieht der Schätzerkreis einen zusätzlichen Zuschussbedarf von sieben Milliarden Euro, um den durchschnittlichen Zusatzbeitrag zu stabilisieren. Zu den Gründen für die wachsenden Defizite und welche Lösungsvorschläge es für eine nachhaltige Stabilisierung der GKV-Finanzen gibt, referieren und diskutieren auf der Hybrid-Veranstaltung: Prof. Dr. Andrew Ullmann, MdB, FDP; Prof. Dr. Wolfgang Greiner, Universität Bielefeld; Dietrich Monstadt, MdB, CDU; Anja Piel, DGB; Dr. Susanne Wagenmann, BDA; Prof. Dr. rer. pol. Jürgen Wasem, Universität Duisburg-Essen; Ralf Hermes, IKK - Die Innovationskasse. Weitere Informationen und Anmeldung zum Live-Stream [hier](#).

In ihrem Positionspapier zur Bundestagswahl haben die Innungskrankenkassen ihre Forderungen und Wünsche für eine nachhaltige GKV-Finanzierung ausführlich dargelegt: <https://t1p.de/8wtw>

Veranstungsrückblick Gesundheit trifft Zirkus 2021



Kurz vor der Bundestagswahl fand „Gesundheit trifft Zirkus“ als einer der ersten Branchenevents unter den entsprechenden Hygiene-Auflagen wieder in Präsenz statt. Auch wenn coronabedingt die Zahl der Gäste reduziert war, so tat das der Stimmung an diesem Spätsommerabend keinerlei Abbruch, im Gegenteil: Man spürte, wie ersehnt und erhofft das erneute Zusammenkommen bei den Gästen aus dem Gesundheitswesen, der Politik, der Wissenschaft und der Wirtschaft war, wie groß die Freude beim Wiedersehen und am persönlichen Netzwerken. Weitere Impressionen des Abends finden Sie [hier](#).

Was wir sagen...

IKK classic: Verwaltungsrat der IKK classic fordert schnelle Entscheidung über zusätzliche Steuermittel und verlässliche Rahmenbedingungen für die GKV – [PM vom 6. Oktober 2021](#)

IKK gesund plus: VWR der IKK gesund plus fordert klare Finanzierungsstrategie von neuer Bundesregierung – [PM vom 30. September 2021](#)

IKK classic: Mehr Transparenz für die Versicherten – [PM vom 15. September 2021](#)

IKK e.V.: Innungskrankenkassen und BG BAU schließen bundesweite Rahmenvereinbarung – [PM vom 10. September 2021](#)

IKK e.V.: Politik muss den Finanzierungsrahmen für die GKV nachhaltig sichern – [PM vom 1. September 2021](#)

BIG direkt gesund legt 1. Transparenzbericht vor – [PM vom 26. Juli 2021](#)

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Innungskrankenkassen e.V., Hegelplatz 1, 10117 Berlin, info@ikkev.de. Der IKK e.V. ist die gemeinsame Interessenvertretung von BIG direkt gesund, IKK Brandenburg und Berlin, IKK classic, IKK gesund plus, IKK - Die Innovationskasse und IKK Südwest.

Redaktion: Iris Kampf (Pressesprecherin), Ann Hillig (Leiterin Politik & Gremien) | Verantwortlich: Jürgen Hohnl, Geschäftsführer

Sie können den BLIKKWINKEL jederzeit per [Mail](#), Telefon oder Fax wieder abbestellen (Tel. 030 202491-0; Fax 030 202491-50)